



Auch das gehört zur „Modernisierungsoffensive“:
Der Nacht-DuZ wird auf 5 Euro erhöht, dafür entfällt
aber die Schicht- und Wechselschichtzulage.

Foto: Justin Brosch/GdP NRW

Arbeitszeit, Zulagen: Es tut sich was!

Jahre, Jahrzehnte gar waren die Arbeitsbedingungen von Beamtinnen und Beamten in NRW in wichtigen Aspekten wie zementiert. Nun endlich gibt es Bewegung: Einstieg in den Ausstieg aus der 41-Stunden-Woche, Zulagen, Arbeitszeitrahmen ... Die Landesregierung gießt die Ergebnisse ihrer „Modernisierungsoffensive“ in ein Gesetz. Aus Sicht unserer Gewerkschaft geht vieles in die richtige Richtung.

Marco Neblik

Das Gesetz soll noch in diesem Monat in den Landtag. Geplant ist, dass die Änderungen zum 1. Januar 2027 in Kraft treten. „Es ist gut, dass die Regierung Wüst die Dinge anpackt“, erklärt GdP-Landesvorsitzender Patrick Schlüter. Insbesondere der Einstieg in den Ausstieg aus der überlangen Wochenarbeitszeit ist ein positives Signal, zumal in Zeiten wie diesen.

Künftig soll in NRW die 41. geleistete Wochenstunde auf ein Lebensarbeitszeitkonto gebucht werden – ein Polster für spätere Freistellungsphasen. Die GdP hatte sich immer wieder für dieses „hessische Modell“ ausgesprochen – wohl wissend, dass es nur einen ersten Schritt darstellen kann. „In der Folge muss natürlich auch die tatsächliche Wochenarbeitszeit sinken“, fordert Patrick Schlüter. Wichtig ist, dass beim Lebensarbeitszeitkonto niemand benachteiligt wird. Die Landesregierung hatte angekündigt, die bestehende Altersstaffel bei der Arbeitszeit zu berücksichtigen.

Im vorliegenden Gesetzentwurf ist das nicht vorgesehen. Hier muss dringend nachgebessert werden, mahnt die GdP. Ältere Kolleginnen und Kollegen, die schon so lange 41 Wochenstunden für diesen Staat leisten, brauchen auch eine Ansparmöglichkeit!

Positiv auch: mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit – Beamtinnen und Beamte können ihren Dienst künftig bereits morgens um 6 Uhr beginnen, so wie auch heute schon ihre tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Und bei den Zulagen hat die Landesregierung eine Vereinfachung und eine „moderate Erhöhung“ angekündigt.

Sie hat hier Wort gehalten: gut so, richtig so. Mehr aber auch nicht. Für Euphorie besteht aus GdP-Sicht kein Anlass. Wichtige Zulagen waren teilweise seit Jahrzehnten nicht angehoben worden. Die vorgesehenen Erhöhungen reichen nicht, um die langjährigen Kaufkraftverluste zu kompensieren. Und im Vergleich

mit dem Bund und anderen Ländern verabschiedet sich NRW gerade mal aus der Schlusslicht-Gruppe und rückt gen Mittelfeld vor.

Zu wenig für den Anspruch von NRW

Wir als GdP meinen: Für den Anspruch, den NRW als bevölkerungsreichstes Bundesland haben sollte, ist das zu wenig. Die Polizeizulage zum Beispiel steigt den Plänen des Landes zufolge von 130,56 Euro auf 176,55 Euro. Das ist ohne Zweifel eine deutliche Erhöhung. Das gilt es fairerweise anzuerkennen. Allerdings wäre eigentlich eine Verdoppelung der Polizeizulage angezeigt – so groß ist der Nachholbedarf. In unserer Stellungnahme zum Gesetzentwurf fordern wir eine Dynamisierung dieser und anderer Zulagen: Damit so ein enormer Nachhol-

Fortsetzung auf Seite 2



Viele Eindrücke: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Wachdienst-Seminars auf der GPEC in Leipzig.

Fotos: GdP NRW

Fortsetzung von Seite 1

bedarf nie wieder entsteht! Der Nacht-DuZ soll auf 5 Euro ebenfalls deutlich angehoben werden, dafür soll aber die Schicht- und Wechsel-schichtzulage entfallen. Das mutet auf den ersten Blick ein bisschen wie „linke Tasche, rechte Tasche“ an – tatsächlich dürfte es in der Praxis in vielen Fällen eine leichte Verbesserung sein, zumindest keine Verschlechterung. Positiv: Der Nacht-DuZ soll auch in Morgenstunden ab 6 Uhr für bis zu zwei Stunden weitergezahlt werden – wenn es sich denn um angeordnete Mehrarbeit handelt. Also wenn zum Beispiel die Aufnahme eines schweren Verkehrsunfalls länger dauert. Hiermit wird eine alte GdP-Forderung zumindest teilweise aufgegriffen. Wir fragen: Warum nur zwei Stunden? Es dauert, so lange wie es dauert – und so lange sollte dann auch die Zulage gelten.

Die bittere Pille zum Schluss: Kein Wort im Gesetzentwurf zur sogenannten „Bagatellgrenze“. An die unverschämte Regelung, die Beamtinnen und Beamten bis zu fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit abverlangt, will die Landesregierung nicht ran. „Die Politik scheint immer noch nicht verstanden zu haben, was das für eine Zumutung für unsere Kolleginnen und Kollegen ist, die Tag für Tag, Nacht für Nacht in ihrem Beruf alles geben“, erklärt Patrick Schlüter. Die GdP fordert dringend, dass hier nachgebessert wird: Die un-selige „Bagatellgrenze“ muss weg! ■

Spannende Eindrücke auf der GPEC

Die GPEC in Leipzig ist die zentrale Leitmesse für Ausstattung und Ausrüstung bei der Polizei. Und auch in diesem Jahr war die GdP NRW wieder vor Ort: Im Zuge des Seminars „Aktuelles aus dem Wachdienst“ haben sich Kolleginnen und Kollegen auf der wichtigen Fachmesse ein Bild gemacht. Mit vielen Eindrücken und Impulsen für die Arbeit sind sie zurückgekehrt.

Die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Meike to Baben betont: „Es ist wichtig, dass wir mit Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis bei der GPEC vor Ort sind. Hier geht es um die ‚Polizei von morgen‘.“ Und manchmal hat das „morgen“ auch schon begonnen, aber noch nicht in NRW.

Vorgestellt wurde zum Beispiel eine Streifenwagen-Variante des Audi A6 e-tron, die einen Tag später bei der Polizei Niedersachsen in Dienst gestellt wurde. „Eine spannende Entwicklung! Damit nutzen jetzt schon mehrere Bundesländer E-Autos als Streifenwagen“, sagt Meike to Baben. NRW ist bislang zurückhaltend.

Weitere Beispiele? Vielversprechend ist das Einsatztraining per VR-Brille, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des GdP-Seminars probieren konnten (in NRW noch in der Testphase). Eine wichtige Entwicklung ist eine Schutzweste, speziell für den

Körperbau von Frauen. Und Vertreter der Firma Axon führten die neue Taser-Generation vor. In NRW sind bislang erst 18 von 47 Kreispolizeibehörden überhaupt mit Tasern ausgestattet. Die GdP kritisiert das immer wieder. ■



Kolleginnen aus NRW beim Einsatztraining mit VR-Brille.

Und was ist mit dem LADG?



Richtig und wichtig – ja auch überfällig, dass sich bei Arbeitszeit und Zulagen etwas tut! Richtig und wichtig auch, dass Aufgabenkritik und Entlastung endlich konkret werden. Auch hier gilt: Lange genug hat es ja gedauert. Wir schauen, was unterm Strich rumkommt. Festhalten wollen wir, dass es Schritte in die richtige Richtung sind. So in dieser Form hatten wir das lange, sehr lange nicht.

Wir loben das nicht über den grünen Klee, schließlich reden wir über notwendige Dinge. Wir registrieren das, weil wir fair sein wollen gegenüber Landesregierung und Politik. Und weil wir das Positive nicht übersehen wollen.

Wenn man immer nur das Schlechte sieht, macht das irgendwann etwas mit einem. Das wollen wir nicht. Nein. Und nun: alles bestens ...? Alles fein? Mitnichten!

Was ist mit dem geplanten Landesantidiskriminierungsgesetz, kurz: LADG?

Dieses Gesetz ist eine Zumutung für die Kolleginnen und Kollegen. So wie geplant würde es die Arbeit bei der Polizei massiv belasten. Im Juli sind entscheidende Sitzungen zum LADG im Landtag zu erwarten.

Wir wissen, dass hinter den Kulissen um Änderungen gerungen wird. Bis Redaktionsschluss dieser DP waren sich CDU und Grüne aber nicht einig.

Als GdP sagen wir: Dieses LADG ist unnötig. Nicht nur das, es ist auch schlecht gemacht. Es gibt massive Kritik, nicht nur von uns. In einer Expertenanhörung im Landtag ist der Gesetzentwurf mit der vorgesehenen faktischen Beweislastumkehr zerpfückt worden. Schon jetzt ist viel Vertrauen bei Polizei-

beschäftigten zerstört worden. Ich fordere die Politik auf: Bringt das in Ordnung! Unbedingt.

P. Schlüter

Patrick Schlüter,
Landesvorsitzender



Stark vertreten war die GdP beim traditionellen Sommerfest in der NRW-Landesvertretung in Berlin. Andreas Rosskopf, Patrick Schlüter und Jochen Kopelke (v. l.) führten viele wichtige Gespräche. Ein Thema, na klar: das geplante LADG.

Foto: GdP

Aufgabenkritik und Entlastung: Jetzt wird's konkret!

Immer neue Aufgaben belasten die Kolleginnen und Kollegen. Bei der Polizei NRW gibt es jetzt den Versuch, gegenzusteuern. Aus den viel diskutierten 35 Vorschlägen der „Effizienzinitiative“ hat Innenminister Herbert Reul (CDU) acht ausgewählt, die nun in die Umsetzung gehen. Die Gewerkschaft der Polizei sieht die Entwicklung positiv.

„Wir haben immer gesagt: Wenn der Minister die Polizei wirklich entlasten will, hat er uns an seiner Seite“, sagt Landesvorsitzender Patrick Schlüter. Reul habe die GdP aber gegen sich, wenn er nur Stellen abbauen oder aus den Kolleginnen und Kollegen mehr aktive Dienststunden herausquetschen wolle: „Bei den ausgewählten Vorschlägen aber ist das erkennbar nicht der Fall.“

Der Minister hat fünf Projekte ausgewählt, die unsere Gewerkschaft uneingeschränkt begrüßt. Konkret sind das die digitalisierte Erfassung von Ordnungswidrigkeiten, das Einkürzen von Sicherheitsprogrammen und -bilanzen, eine Reduktion der Fachaufsicht und des Controllings, eine Anpassung von Maßnahmen des Qualitätsmanagements und der Verzicht auf landesweite Fahndungs- und Kontrolltage.

Bei den drei übrigen Projekten hat die GdP keine grundsätzlichen Bedenken. Allerdings erscheint die praktische Umsetzung oder das

Entlastungspotenzial zumindest fraglich. Konkret sind das die Optimierung der Online-Anzeige, die zentrale Bereitstellung von Mustern für den Arbeitsschutz und die Beschränkung von Polizeibegleitung bei Schwertransporten aufs gesetzlich nötige Maß. Gerade Letzteres steht bereits seit 2017 auf der Agenda, bisher ohne spürbare Entlastung.

Weniger mit sich selbst beschäftigen

Patrick Schlüter ist überzeugt: „Wenn sich die Polizei ein bisschen weniger mit sich selbst beschäftigt, kann das nur gut sein.“ Der GdP-Vorsitzende will dabei nicht missverstanden werden: „Controlling, Fachaufsicht, Sicherheitsbilanzen, Qualitätsmanagement – alles das hat unbedingt seine Berechtigung“, betont der GdP-Chef. Es gehe nur um Maß und Mitte. Was für unsere Gewerkschaft jetzt zählt: „Wichtig



Der Verzicht auf landesweite Kontroll- und Fahndungstage gehört zu den Maßnahmen, die die Polizei in NRW entlasten sollen.

Foto: Justin Brosch/GdP NRW

ist, dass die Kolleginnen und Kollegen unterm Strich spürbare Entlastung erfahren“, betont Patrick Schlüter. Ob und wie weit das gelingt, werde sich erst mit der Zeit zeigen. Gut sei, dass der Minister den haarsträubenden Vorschlag Auflösung der Direktion V gestrichen hat. Gut sei ebenso, dass Herbert Reul diese Projekte ausgewählt hat: „Das zeigt, dass er zu Ergebnissen kommen will“, meint der GdP-Vorsitzende. **Holger Dumke**

Job-Bike NRW lässt weiter auf sich warten

Mit dem lange erwarteten Job-Bike für Landesbedienstete wird es entgegen bisheriger Planung im laufenden Jahr nichts mehr. Das hat das Finanzministerium dem Unterausschuss Personal im Landtag mitgeteilt. Hintergrund ist, dass ein Anbieter rechtliche Schritte gegen das laufende Vergabeverfahren eingeleitet hat.

Wann darüber entschieden wird, war zunächst nicht abzusehen. Fest steht: Wenn der Zuschlag an einen Anbieter denn schließlich erteilt ist, sind noch einmal sechs Monate nötig für die organisatorische und IT-technische Umsetzung. Damit sind wir dann auf alle Fälle mindestens schon im Jahr 2027 ...

„Wir nehmen zur Kenntnis, dass äußere Umstände für die Verzögerung verantwortlich sind“, sagt GdP-Landesvorsitzender Patrick Schlüter. Rechtsstreitigkeiten sind bei solchen Vergaben nicht ungewöhnlich, immerhin geht es um einen volumenstarken Auftrag. Patrick Schlüter erinnert aber daran,



dass die Ermöglichung von Job-Bikes per Entgeltumwandlung bereits Bestandteil der Tarifeinigung 2023 war. Viele Kolleginnen und Kollegen – ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet – warten sehnsüchtig darauf, nicht wenige haben sich frustriert zwischenzeitlich auch schon so ein neues Rad angeschafft.

Schlüter: „Wir hoffen sehr, dass es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt. Angebote für eine zeitgemäße Mobilität sind für einen attraktiven Arbeitgeber heute unabdingbar. Job-Bikes sind ein Beispiel für ein solches Angebot.“ ■

Ein Rechtsstreit verzögert die Bereitstellung der Job-Bikes für Landesbedienstete.

Foto: Archiv



Um die Bekämpfung internationaler Drogenbanden ging es bei einem Fachgespräch in der NRW-Landesvertretung in Brüssel. Für die GdP NRW war unser stellvertretender Landesvorsitzender Ernst Herget (l.) vor Ort.

Foto: GdP

Tarifarbeit braucht Nähe, Haltung und klare Kante

Die Tarifkommission (TK) der GdP NRW stellt sich für ihre 5.000 Tarifbeschäftigten neu auf: Mit Alexander Knopp übernimmt ein neuer Vorsitzender die Leitung. Die Themen der Tarifbeschäftigten sollen noch sichtbarer, greifbarer und stärker in die Fläche getragen werden. Im Interview spricht Alexandra Engler, stellvertretende Landesvorsitzende und Tarifchefin der GdP NRW, über neue Strukturen, kommende Tarifrunden und die Frage, warum Tarifpolitik mehr Bühne braucht.

Imsel Bakir

Alexandra Engler, was ist neu, was wird anders?

Alexandra Engler: Mit Alexander Knopp als neuem Vorsitzenden startet die TK in eine neue Arbeitsphase. Künftig wollen wir noch strukturierter arbeiten, mit regelmäßigen Videokonferenzen, klaren Zuständigkeiten und festen Präsenzterminen.

Warum ist diese stärkere Struktur so wichtig?

Alexandra Engler: Tarifarbeit lebt von der Nähe zur Praxis. Wir müssen wissen, was in den Behörden passiert, wo es hakt, welche Fragen die Kolleginnen und Kollegen beschäftigen und wo wir politisch oder gewerkschaftlich Druck machen müssen. Deshalb binden wir die Bezirksverbände noch stärker ein.

Wie soll dieser Austausch konkret laufen?

Alexandra Engler: Neben den Präsenzsitzungen wird es Videokonferenzen geben. Unser Ziel ist, dass wir aus jedem BV, neben den Mitgliedern der Tarifkommission, weitere Multiplikatoren dazugewinnen können. Je besser der Austausch funktioniert, desto besser können wir die richtigen Themen setzen. Und, na klar, damit verbunden ist auch

unser Ziel, mehr Kolleginnen und Kollegen für die Tarifarbeit zu gewinnen.

Ihr habt schon jetzt die kommenden Tarifrundverhandlungen im Blick. Was steht dabei im Mittelpunkt?

Alexandra Engler: Wir müssen ehrlich auswerten, was in der letzten Tarifrunde gut funktioniert hat und wo wir besser werden müssen. Dazu gehört auch die Frage, ob wir künftig früher und deutlicher arbeitskampffähig sein müssen, wenn Verhandlungen nicht vorankommen. Tarifpolitik muss Zähne zeigen!

Die Tarifkommission will sichtbarer werden. Warum ist das nötig?

Alexandra Engler: Die Grundlage für unsere gute Tarifarbeit schaffen wir in Gesprächen und Gremienarbeit, über Anträge, die wir in den Landesdelegiertentag

und auch in den Bundeskongress einbringen. Dies sind häufig Arbeiten, die im Stillen, sozusagen auch im Hintergrund, stattfinden. Wir wollen aber transparenter werden und zeigen, woran wir arbeiten und warum unsere Arbeit wichtig ist.

Welche Themen spielen eine Rolle?

Alexandra Engler: Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz, von der Ausschreibung bis zur Eingruppierung, Gestaltung der Arbeitszeit, dies sind alles Themen, die wir über gute Personalratsarbeit in den Behörden und im Innenministerium bearbeiten. Aber auch aktuelle Entwicklungen in den Behörden beschäftigen uns. Wir wollen erklären, einordnen und sichtbar machen. Zu guter Letzt darf das Thema Arbeitskampf nicht fehlen, unsere ureigenste Möglichkeit als Gewerkschaft, sich für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn einzusetzen!

Es wurde auch über Seminare gesprochen. Was ist geplant?

Alexandra Engler: In der TK ist die Idee entstanden, unsere Mitglieder auf Auswahlverfahren vorzubereiten. Ein Beispiel: Die hohe Durchfallquote in dem zuletzt durchgeführten ACC zum Verwaltungsfachwirt zeigt, dass hier Unterstützungsbedarf besteht. Wir wollen gemeinsam mit der Bildungsabteilung besprechen, ob und wie wir da unterstützen können.

Was ist Dein Ziel für die kommende Zeit?

Alexandra Engler: Ich möchte mehr Nähe zu den Kolleginnen und Kollegen in den Kreisgruppen aufbauen, direkt in den Austausch kommen, gemeinsam unsere Rechte durchsetzen und Verbesserungen auf allen Ebenen erzielen. Die TK und ich wollen Tarifthemen nicht nur verwalten, sondern offensiv auch in den sozialen Medien platzieren. Genau deshalb müssen unsere Themen sichtbarer werden, ernst genommen und mit Nachdruck von uns vertreten werden. ■

„Tarifpolitik muss Zähne zeigen“: Alex Engler, stellvertretende GdP-Landesvorsitzende.

Foto: Imsel Bakir/GdP NRW





Die GdP NRW lebt vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder. In der Serie „Stark durch Euch“ stellen wir einige von ihnen beispielhaft vor.



Andi Kruse – der Beweis, dass es Bielefeld gibt

Wer Andi Kruse trifft, bekommt gleich mehrere Wahrheiten auf einmal geliefert: Bielefeld gibt es wirklich, Arminia-Liebe ist leidensfähig und Gewerkschaft funktioniert am besten, wenn Menschen nicht lange reden, sondern einfach machen.

Imsel Bakir

Bei Andi begann der Weg zur Polizei früh. Sein Vater war Polizist in Bielefeld und erzählte zu Hause von Einsätzen, verschiedenen Verwendungen und davon, wie vielseitig dieser Beruf ist. Als Kind durfte Andi ihn sogar nach Stukenbrock begleiten. Andere Kinder träumten vom Abenteuerurlaub, Andi half beim Parcours mit. Rückblickend passt das ziemlich gut zu einem, der später genau dort landen sollte, wo Verantwortung nicht Theorie ist, sondern Alltag.

Ganz klar war der Weg trotzdem nicht sofort. Lehrer oder Polizist, das war die Frage. Erklären kann Andi, Menschen erreichen auch. Am Ende gewann aber sein Gerechtigkeitsinn. Gut für die Polizei, schade für jedes Klassenzimmer.

Was ihn bis heute antreibt, sind die echten Momente im Dienst. Wenn Menschen nach einem Unfall überfordert sind. Wenn jemand nicht mehr weiterweiß. Wenn Ruhe, Orientierung und Hilfe gebraucht werden. Für Andi ist genau das Polizeiarbeit: da sein, wenn andere den Boden unter den Füßen verlieren.

In die GdP ist er direkt an Tag 1 der Ausbildung eingetreten. Richtig aktiv wurde er später in seiner Kreisgruppe. Aus einer Mail seiner KG wurde Mitarbeit, aus Mitarbeit wurde Verantwortung. Erweiterter Vorstand, stellvertretender Kassierer, Kassierer, Personalrat, Spitzenkandidat. Seit dem Wahlerfolg 2024 ist Andi Personalratsvorsitzender im PP Wuppertal.

Das klingt nach Plan. Bei Andi klingt es eher nach: Wenn etwas gebraucht wird, packt er an.

An der GdP schätzt er besonders das Netzwerk. Dieses Gefühl, dass man mit einem Problem nicht allein bleibt. Irgendjemand weiß weiter. Irgendjemand kennt jemanden. Irgendjemand hebt ab. Für Andi ist das keine Floskel, sondern gelebte Solidarität.

GdP ist Haltung und Herzschlag

Besondere GdP-Momente gab es einige. Die Landesdelegiertentage haben ihn beeindruckt, weil man dort spürt, was diese Organisation ausmacht: Gemeinschaft, Energie und Menschen, die für dieselbe Sache brennen. Auch der Dreh zum Imagefilm ist hängen geblieben. Widrige Bedingungen, viel Einsatz, am Ende Gänsehaut bei der Premiere. Genau solche Momente zeigen, dass die GdP mehr ist als Anträge, Sitzungen und Tagesordnung. Sie ist Haltung mit Herzschlag.

Auch die Einsatzbetreuungen bei Großlagen, etwa bei der EM oder beim Castortransport, stehen für ihn genau dafür: Kolleginnen und Kollegen nicht alleinlassen, wenn der Dienst lang und die Lage groß und schwer ist.

Ein Thema liegt Andi besonders am Herzen: das DEIG. In seiner Behörde ist es bereits im Einsatz. Für ihn ist klar, dass dieses Einsatzmittel landesweit verfügbar sein muss. Moderne Ausstattung darf nicht vom Dienstort abhängen.

Privat wurde Andis Leben 2022 neu sortiert. Da wurde er Vater. Seitdem ist sein Sohn sein größtes Hobby, sein schönster Alltag und vermutlich der einzige Mensch, der seine Termine noch konsequenter durcheinanderbringt als der Personalrat. Wenn daneben Zeit bleibt, schlägt sein Herz für Arminia Bielefeld, Handball, Fitnessstudio, Brettspiele, Freunde und Karneval.

Andi Kruse steht für eine GdP, die nah dran ist. An den Menschen. An den Themen. An dem, was zählt. Stark für euch, weil Engagement manchmal ganz einfach beginnt: Einer sagt, ich kümmer mich. Und dann tut er es auch. ■



Das Thema DEIG liegt Andreas Kruse besonders am Herzen.

Foto: privat



Das hat Laune gemacht! Bei unserem traditionellen Skat-Turnier in Hattingen haben sich 23 Teilnehmer nichts geschenkt (außer ein paar Luschen). Am Ende hatte Heinz Builtmann (KG Warendorf) die Nase vorn.

Foto: GdP NRW

Erfolg für die PHJAV: Wechselmöglichkeit geschaffen

Als Polizeihauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV) im Innenministerium vertreten wir die Interessen aller Studierenden und Auszubildenden der Polizei NRW. Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, die Perspektiven der Betroffenen frühzeitig in Entwicklungsprozesse einzubringen.

Mit dem noch neuen Schwerpunkt „Ermittlungen“ im Studium der Polizei NRW wurde Kommissaranwärterinnen und -anwärtern die Möglichkeit eröffnet, sich bereits während des Studiums gezielt auf eine spätere Verwendung bei der Kriminalpolizei vorzubereiten. Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums und einem Jahr im Wachdienst besteht damit die Perspektive eines direkten Wechsels zur Kripo.

Allerdings gibt es ein Problem – Studierendende haben uns darauf aufmerksam gemacht. Die Entscheidung für den Schwerpunkt muss schon mit der Entscheidung fürs Studium getroffen werden, ohne jede Erfahrung. Und später, während der Praxisphasen, stellt sich dann mitunter heraus, dass der Arbeitsalltag in der

Realität nicht zu den ursprünglichen Vorstellungen passt. Ein Wechsel aus dem Schwerpunkt „Ermittlungen“ heraus war jedoch nicht vorgesehen – bislang.

Als PHJAV konnten wir erreichen, dass es eine solche Möglichkeit unter bestimmten Voraussetzungen nun doch gibt. Wir haben unsere Sichtweise und die Anliegen der Studierenden



Durch den Einsatz der PHJAV wurde eine Wechselmöglichkeit geschaffen. Der Hinweis dazu kam von Studierenden.

Bild: mit KI generiert

den in der Arbeitsgruppe „Verwendungsoffen-sive K“ sowie gegenüber den Verantwortlichen der Ausbildungsleitungen dargestellt.

Die Lösung sieht nun so aus: Nach dem ersten Praktikum, also wenn fundierte Erfahrungen vorliegen, soll ein Wechsel in den Studienverlauf ohne Schwerpunkt möglich sein – wenn es einen Tauschpartner gibt. Es sollen die bestehenden Auswahlkriterien, insbesondere der Rangordnungswert, berücksichtigt werden. Auch für den Einstiegsjahrgang 2024, der sich bereits im Schwerpunkt befindet und bei dem in Einzelfällen Unzufriedenheit entstanden ist, konnte eine kurzfristige Übergangslösung geschaffen werden.

Für uns ein schönes Beispiel, wie Mitbestimmung konkrete Verbesserungen bewirken kann. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, Anliegen aus der Studierendenschaft aufzunehmen, konstruktiv einzubringen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Bianca Jurczyk, PHJAV-Vorsitzende



90. Geburtstag

- 1.7. Renate Voß, Meschede
- 5.7. Helga Mohns, Unna
- 6.7. Walter Ehling, Ahlen
- 9.7. Manfred Quenter, Hamminkeln
- 14.7. Wolfgang Rohde, Herne
- 20.7. Hermann Arnolds, Düsseldorf
- 25.7. Hans-Joachim Tessmer, Auetal
- 26.7. Horst Landmann, Erftstadt
- 27.7. Klaus Gymnich, Euskirchen

91. Geburtstag

- 6.7. Maria Schulz, Übach-Palenberg
- 7.7. Peter Kristeller, Hemer
- 8.7. Gerhard Kruse, Erkrath
- 11.7. Wolfgang Munder, Vettweiß
- 13.7. Dietrich Timm, Enkirch-Mosel
- 19.7. Hans Paulus, Geilenkirchen
- 22.7. Rudolf Lukasik, Gelsenkirchen
- 28.7. Horst Schrott, Velbert

92. Geburtstag

- 17.7. Egon Valerius, Mülheim
- 19.7. Anneliese Tollkuehn, Bottrop
- 22.7. Manfred Stapper, Meerbusch

93. Geburtstag

- 3.7. Erich Kuchta, Haltern
- 18.7. Waltraud Natter, Wachtberg
- 21.7. Ursula Henke, Bochum

94. Geburtstag

- 2.7. Heinz Menzel, Erkelenz
- 10.7. Leonhard Welzel, Vettweiß
- 26.7. Herta Achenbach, Mülheim

95. Geburtstag

- 2.7. Magdalena Skrotzky, Simmerath
- 5.7. Jürgen Lannert, Inzell
- Günter Sandler, Düren
- 17.7. Ulrich Schwedtke, Soest

96. Geburtstag

- 9.7. Elisabeth Schindler, Lünen
- 18.7. Erna Boschanski, Datteln

98. Geburtstag

- 3.7. Helga Grigutsch, Wuppertal
- 21.7. Harry Kosuch, Düren
- 25.7. Adda Kunzmann, Buchloe

99. Geburtstag

- 2.7. Wolfgang Krisch, Berlin

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Holger Dumke (V.i.S.d.P.)
Imseil Bakir
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29 10 1-32
holger.dumke@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 6. Juli.

Das könnte kurzfristig noch Ihr Platz sein!

Buchen Sie auch kurzfristig Ihre Reise
in dem Reisebüro, in dem sich
Ihre GdP-Mitgliedschaft für Sie auszahlt.

GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen



@gdpreisen



Glücksnummern des Monats
Die Gewinner im Juli erhalten einen
OSG-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 17527, **Dortmund**
45 00562, **Mettmann**
45 62283, **Euskirchen**

GVS benennt Zuständigkeiten

Auf einer Klausurtagung in Gladbeck hat der neue Geschäftsführende Landesbezirksvorstand (GVS) die persönlichen Zuständigkeiten festgelegt.

- **Patrick Schlüter**, Landesvorsitzender: Gewerkschaftspolitik, Gesellschafts- und Sozialpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation, Personal, AK Grundsatz.
- **Markus Robert**, stellv. Landesvorsitzender; Zusammenarbeit PHPR/GdP, Personalvertretungsrecht, Laufbahnwechsel (inkl. PDU-Verfahren).
- **Alex Engler**, stellv. Landesvorsitzende: Tarifrecht und -angelegenheiten, Große Tarifkommission/Tarifkommission, AK ZA.
- **Meike to Baben**, stellv. Landesvorsitzende: Wachdienst, AK GE, BFA Schutzpolizei, Junge Gruppe, JAV und JAV-Wahlen.
- **Andreas Pein**, stellv. Landesvorsitzender: Bereitschaftspolizei, Sonderdienste (SE, WSP, Diensthundeführer, Hubschrauberstaffel), AK BePo, PR-Wahlen.

- **Ernst Herget**, stellv. Landesvorsitzender: Kriminalitätsangelegenheiten, BFA K, AK Kripo, höherer Dienst.
- **Rainer Axer**, Kassierer: Haushalt/Finanzen, HFK, Kasse und Buchhaltung, Kassenprüfer, Organisation, Hausverwaltung sowie Digitalisierung/Technik Geschäftsstelle, Mitgliederservice und -verwaltung, Versicherungen, BFA Haushalt und Finanzen, Vielfalt.



- **Jörg Brackmann**, stellv. Kassierer: Verkehr, Seniorenpolitik/Seniorengruppe, AK Verkehr.
- **Arnd Breitkopf**, Schriftführer: gewerkschaftliche Bildung, Werbung/Neumitgliederwerbung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit.
- **Sven Brandes**, stellv. Schriftführer: Recht/Rechtsschutzkommission, Vertrauensleute.
- **Christoph Hirsch**, weiteres Mitglied: Fortbildung/Ausbildung/HSPV, AK Aus- und Fortbildung, PR-/JAV-Wahlen, Beamten-/Versorgungsrecht, Laufbahnrecht, Verwaltungsbeamte, BFA Beamten- und Versorgungsrecht.
- **Patrick Altenhöner**, weiteres Mitglied: Arbeitsschutz, Gesundheitsmanagement, Frauenpolitik/Frauengruppe, BFA Arbeits- und Gesundheitsschutz. ■

Konstruktiv: Der neue GVS kam in Gladbeck zu einer Klausurtagung zusammen.

Foto: Sandra Anders/GdP NRW

Neues aus den Arbeitskreisen

Die Zahl der Arbeitskreise, die den geschäftsführenden Vorstand (GVS) beraten, soll überschaubar bleiben. Mit „Aus- und Fortbildung“ kommt jetzt einer hinzu. Das hat der Landesbezirksbeirat in Gladbeck beschlossen. „Aus- und Fortbildung“ ist ein absolutes Querschnittsthema für die Polizei

und wird perspektivisch noch weiter an Bedeutung gewinnen. Der Arbeitskreis Gefahrenabwehr/Einsatz stellt sich personell neu auf und wird angesichts dessen auch um ein Mitglied erweitert. Fortan setzt er sich zusammen aus Martin Huber (KG Bielefeld), der die Leitung übernehmen wird, Nadim El-Masri

(KG Oberhausen), Louis Eickelmann (KG Dortmund), Wolfgang Schaefer (KG Köln) und Katharina Manuel (KG Paderborn). Großer Dank für die geleistete Arbeit an den bisherigen Leiter Thomas Pierenkämper und an die bisherigen Mitglieder Ina Jessel, Mathias Butzki und Marcus Schweminski. ■

Nachrufe

Dietmar Smers	13.02.1943	Aachen	Rainer Lenze	02.12.1946	LKA
Hubert Gemmeke	05.05.1935	Aachen	Anneliese Josefa Jurczik	04.05.1935	Münster
Peter Schraven	19.09.1942	Bergisches Land	Bruno Bartnik	26.07.1942	Münster
Brigitte Lange	24.10.1939	Bochum	Ludger Kruse	30.04.1937	Recklinghausen
Wilhelm Schuster	15.06.1934	BZ Neuss	Arno Stölting	19.03.1960	Rhein-Erft-Kreis
Gisela Hallmann	05.03.1937	Dortmund	Wolfgang Gottschow	15.05.1939	Rhein-Erft-Kreis
Bernd Fritz Möbius	25.08.1950	Duisburg	Josef Breulmann	05.08.1943	Steinfurt
Friedhelm Niemeyer	22.11.1935	Essen/Mülheim	Wilhelm Wille	21.11.1940	Steinfurt
Reinhard Plewka	21.09.1948	Gelsenkirchen	Ludwig Weßling	25.01.1936	Viersen
Elisabeth Lendvai	31.03.1933	Gelsenkirchen	Manfred Schülke	04.12.1943	Wasserschutzpolizei
Reiner Steinhausen	20.03.1952	Hochsauerlandkreis	Werner Möllmann	18.03.1940	Wesel
Hans-Josef Heisters	01.08.1949	Innenministerium NRW	Johanna Frücht	14.03.1935	Wesel
Rudi Schwellnus	15.12.1941	Köln	Klaus Grigorieff	31.03.1934	Wesel